



**„DIVERSITÄT  
ERSCHEINT ALS  
STÖRUNG DER  
ORDNUNG UND ALS  
GEFAHR FÜR DEN  
GESELLSCHAFT-  
LICHEN ZUSAMMEN-  
HALT.“**

# Zusammenhalt, Gerechtigkeitswahrnehmung und die Akzeptanz von Minderheiten in Thüringen

---

**Der Beitrag liefert einen Überblick über Befunde des Thüringen-Monitors 2017 zum Zusammenhang zwischen der ‚Sorge um den gesellschaftlichem Zusammenhalt‘, der Gerechtigkeitswahrnehmung und den politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung sowie ihrer Akzeptanz von ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten.**

---

## Einleitung

Wiederholt haben die Befragungen des Thüringen-Monitors<sup>1</sup> gezeigt, dass „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ein zentraler Begriff in den Wahrnehmungen und Urteilen der Thüringer Bevölkerung hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Dazu gehört die Beurteilung der (sozialen) Gerechtigkeit, aber auch die Einstellung gegenüber Zuwanderung. Im Vergleich der deutschen Bundesländer ist der Freistaat Thüringen das Niedriglohnland Nr. 1, gleichzeitig aber eines der Länder, in denen die Einkommensunterschiede am geringsten sind (vgl. Best et al. 2017: 21 ff.). Ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Thüringer Bevölkerung sehr klein: Trotz der Aufnahme der Geflüchteten und Asylsuchenden lag er 2016 bei nur ca. sechs Prozent.

Obwohl die Mehrheit der Thüringer\_innen mit ihren Lebensbedingungen zufrieden ist, sind die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit, die Angst vor sozialem Abstieg und Benachteiligungsgefühle verbreitet. Nachfolgend werden aktuelle Befunde des Thüringen-Monitors (Best et al. 2017) zum Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt, der Gerechtigkeitswahrnehmung, politischen Einstellungen und der Akzeptanz von Minderheiten diskutiert.

---

<sup>1</sup> Der Thüringen-Monitor ist eine jährliche repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen, die seit 2000 von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegeben wird. Weitere Informationen unter: [http://www.soziologie.uni-jena.de/thueringen\\_monitor.html](http://www.soziologie.uni-jena.de/thueringen_monitor.html).

## Was bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Der Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts verweist auf die Grundfrage, wie sich Gesellschaftsmitglieder auf gemeinsame Werte und Ziele verpflichten lassen (vgl. Zick/Küpper 2012). Demokratische Gesellschaften schöpfen ihre Legitimität aus dem Anspruch, eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger\_innen zu gewährleisten und dabei Gerechtigkeit herzustellen. Politik muss sich daran messen lassen, inwieweit die Bürger\_innen ihre zentralen Erwartungen als erfüllt betrachten, wo sie Gerechtigkeitsdefizite erkennen und Solidaritätsnormen verletzt sehen.

---

**Demokratische Gesellschaften schöpfen ihre Legitimität aus dem Anspruch, eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger\_innen zu gewährleisten und dabei Gerechtigkeit herzustellen.**

---

Für den von ‚Rechtspopulist\_innen‘ vertretenen Ethnozentrismus ist die Konstruktion einer Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ‚Fremde‘ typisch (vgl. Zick/Küpper 2012): Immigration und Asyl werden unter dem Schlagwort ‚unkontrollierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme‘ als Gefahr für die *nationale Solidargemeinschaft* und als Katalysator sozialer Problemlagen dargestellt. Markant ist der Vorwurf, die Eliten hätten ‚das eigene Volk vergessen‘; sie würden zwar viel für ‚Fremde‘ tun, aber nichts für ‚die Deutschen‘. Hier bricht sich auch eine tiefsitzende Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Entwicklungen Bahn. Besondere Anschlussfähigkeit besteht in Gefühlen der kollektiven Benachteiligung und Missachtung der Ostdeutschen (vgl. Küpper 2017), für die eine Überwindung der Folgen der deutschen Teilung Priorität besitzt.

## Gerechtigkeitsdefizite und Benachteiligungsgefühle

Für 53 Prozent der Befragten im Thüringen-Monitor 2017 ist eine Gesellschaft gerecht, „in der alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten“ (vgl. Best et al. 2017: 88 ff.). 24 Prozent der Befragten bevorzugten eine Gesellschaft, „in der der Wohlstand unter allen Menschen möglichst gleichverteilt wird“, weitere 23 Prozent eine solche, „in der vor allem Leistung belohnt wird“. Auf die Frage, wie sie die Gesellschaftsordnung in Deutschland einschätzen, antwortete 2017 eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten, diese sei „eher ungerecht“, nur 29 Prozent meinten, sie sei „eher gerecht“, und 14 Prozent antworteten „teils-teils“.

Diese Wahrnehmung hing u. a. von der sozialen Lage der Befragten ab: Je schlechter z. B. die eigene finanzielle Situation bewertet wurde, desto häufiger wurde die Gesellschaftsordnung als „eher ungerecht“ empfunden ( $r=0,15^*$ ).<sup>2</sup> Statistisch signifikant war auch der Zusammenhang mit der Selbstverortung im sozialen Schichtgefüge: Je höher sich die Befragten auf einer elfstufigen Skala zwischen „ganz unten“ und „ganz oben“ einordneten, desto häufiger tendierten sie zu einer Einschätzung der Gesellschaft als „eher gerecht“ ( $r=0,17^{***}$ ). Besonders beeinflussen Gefühle der sozialen Benachteiligung und materiellen Entbehrung (Deprivation) die Gerechtigkeitswahrnehmung.

---

<sup>2</sup> Signifikanzniveaus: \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .

Im Thüringen-Monitor 2017 wurde diese subjektive individuelle Deprivation mit mehreren Fragen erfasst (Tabelle 1). Je stärker die Deprivation war, desto häufiger erfolgte eine Einschätzung der Gesellschaft als „eher ungerecht“ ( $r=0,25^*$ ).<sup>3</sup>

Aspekte subjektiver individueller Deprivation	ja	nein
Abstiegssangst: „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ (Zustimmung)	38	62
Einschätzung, „im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten	53	47
„Meine Einkünfte erlauben es mir nicht, etwas anzusparen.“ (Zustimmung)	48	52
Persönliche finanzielle Situation „eher schlecht / sehr schlecht“	26	74
„Es ärgert mich, dass es anderen in der Gesellschaft besser geht als mir.“ (Zustimmung)	23	77
mit persönlichem Lebensstandard „eher unzufrieden / sehr unzufrieden“	8	92
<b>subjektiv depriviert*</b>	<b>31</b>	<b>69</b>

**Tabelle 1:** Aspekte subjektiver individueller Deprivation (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017, vgl. Best et al. 2017: 68)

\*Anmerkungen: Als depriviert gelten Befragte, auf die mindestens drei der sechs aufgeführten Aspekte zuträfen. Aussagen: vierstufige Antwortskalen; „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst.

Diese subjektiven Bewertungen sind abhängig von objektiven Schichtkriterien wie Einkommen, Bildung und Berufsstatus (vgl. Best et al. 2017: 69). Unter Befragten mit hohem Einkommen, akademischer Bildung bzw. in herausgehobenen Berufspositionen war fast jede\_r Zweite der Auffassung, in Deutschland gehe es „eher gerecht“ zu (ebd.: 92). Doch die großen Anteile von Befragten in allen sozialen Lagen, die die Gesellschaft als „eher ungerecht“ einschätzten, verweisen über ‚eigene Befindlichkeiten‘ hinaus. Jene Sensibilität für gesellschaftliche Polarisierungen zeigte sich auch im Zusammenhang der Beurteilung des „Gegensatzes zwischen Arm und Reich in unserem Land“ auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten ( $r=0,20^*$ ). 86 Prozent der Befragten schätzten den Gegensatz als „sehr stark“ oder „eher stark“ ein. Außerdem erhöhte eine negative Beurteilung der Chancen „heutzutage in Deutschland sozial aufzusteigen“ die Tendenz, die Gesellschaftsordnung als „eher ungerecht“ einzuschätzen ( $r=0,31^*$ ). Einen spezifischen Einfluss auf die Wahrnehmung von

**Im Thüringen-Monitor 2017 stimmten 49 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.“**

<sup>3</sup> Hierzu gibt es kaum deutschlandweite Vergleichswerte. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2016) lehnten 30 Prozent der Befragten die Aussage ab: „Meine eigene wirtschaftliche Lage ist gut.“ 44 Prozent meinten: „Oft heißt es, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, aber ich persönlich profitiere nicht von dieser Entwicklung.“ (vgl. Faus et al. 2016: 24 ff.).

Gerechtigkeitsdefiziten hat die Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung der Ostdeutschen ( $r=0,18^*$ ). Im Thüringen-Monitor 2017 stimmten 49 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.“ 14 Prozent gaben an, dass für sie persönlich „alles in allem [...] die Nachteile der Vereinigung überwiegen“. 88 Prozent der kollektiv und individuell „ostdeprivierten“ Befragten beurteilten 2017 die Gesellschaft als „eher ungerecht“.

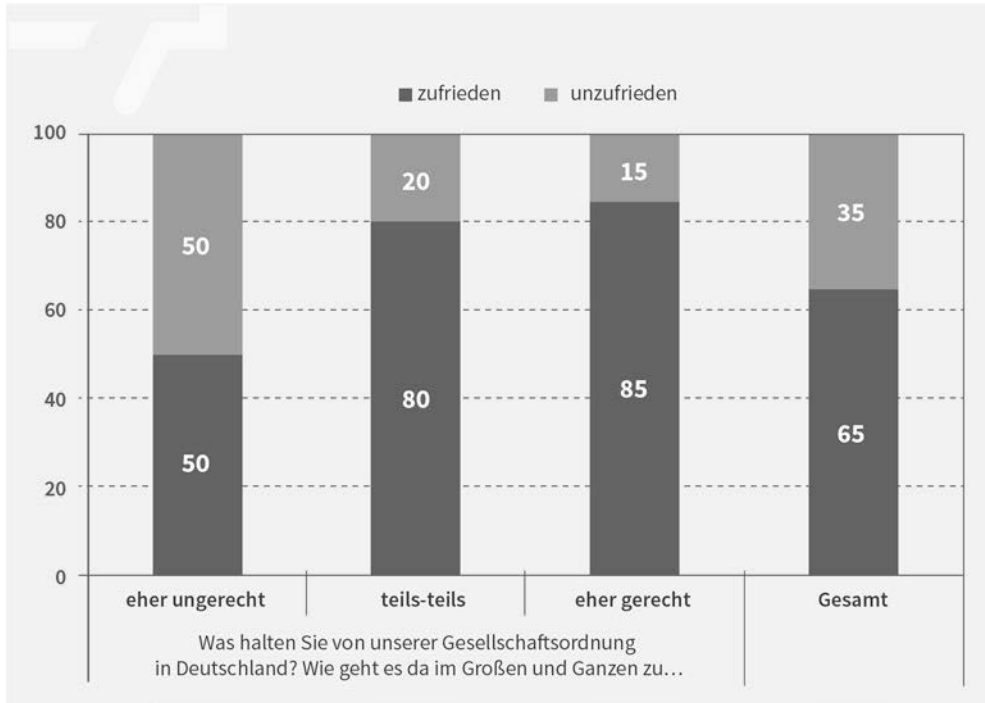


Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit nach Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017)

67 Prozent der Befragten des Thüringen-Monitors 2017 bekundeten eine „große“ oder „sehr große“ Sorge, dass aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung „der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet“ sei. Sowohl Benachteiligungsgefühle als auch die Einschätzung der Gesellschaft als „eher ungerecht“ verstärkten diese Sorge signifikant. Die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten senkte außerdem die Zufriedenheit mit der Demokratie, „wie sie in der Praxis funktioniert“ ( $r=0,34^*$ ; vgl. Abbildung 1) und erhöhte das Misstrauen gegenüber den Eliten ( $r=0,38^*$ ). Der Aussage „Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ stimmten 69 Prozent der Befragten zu (vgl. Best et al. 2017: 158).

## Gesellschaftlicher Zusammenhalt – im Gegensatz zu ethnischer und kultureller Diversität?

Im Thüringen-Monitor 2016 benannten 57 Prozent der Befragten die Sorge, dass „wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land gefährdet“ sei (vgl. Best et al. 2016: 36, Salheiser 2017: 62). 66 Prozent meinten: „Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“ Die Ablehnung gegenüber Asylsuchenden wurde durch die Einschätzung verstärkt, jene seien „aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar“ (58 Prozent Zustimmung; vgl. Best et al. 2016: 39 ff.).

70 Prozent der Befragten befürchteten einen Anstieg der Kriminalität, 67 Prozent meinten, dass „der Einfluss des Islams in unserem Land zu stark wird“, und 54 Prozent, dass „sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändert“.

64 Prozent äußerten die Sorge, dass „die Kosten für Unterbringung und Versorgung zu hoch“ seien, und 41 Prozent erwarteten eine Zunahme der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.<sup>4</sup> Hier vermischten sich also kulturelle Vorbehalte und materielle Kalküle (vgl. Best et al. 2016: 36).

---

**Ethnische und kulturelle Diversität steht in einem Spannungsverhältnis zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

---

56 Prozent der Thüringer Befragten teilten 2016 die Auffassung, die „meisten“ Geflüchteten und Asylsuchenden „befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ (deutschlandweit: 42 Prozent, vgl. Zick et al. 2016: 44 f.). Zwar befürwortete auch eine überwiegende Mehrheit der Befragten, vor *Krieg und Verfolgung* Geflohenen Asyl zu gewähren (vgl. Best et al. 2016: 47). Doch die Abwertung von Asylsuchenden als „Armutsmigranten“ und potenzielle Kriminelle steht einer breiten Solidarisierung im Weg: 73 Prozent der Thüringer Befragten lehnten eine „großzügige Prüfung“ der Asylanträge ab (deutschlandweit: 70 Prozent). Im Thüringen-Monitor 2017 erhöhte sich dieser Anteil sogar auf 83 Prozent.

Ein statistisch signifikanter Zusammenhang bestand 2016 auch zwischen der *Ablehnung* der Aussage „Wir müssen uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen.“ und der *allgemeinen* Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ( $r=0,32^*$ ). Unterlegt war jene Abwehr kultureller Diversität mit fremdenfeindlichen Einstellungen.

2017 stimmten 44 Prozent der Thüringer Befragten der Aussage zu: „Die Ausländer kommen nur hier her, um den Sozialstaat auszunutzen.“ 53 Prozent meinten: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“ (vgl. Best et al. 2017: 135). Multivariate Analysen zeigen, dass Ethnozentrismus – also fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen – durch Gefühle der individuellen und kollektiven Benachteiligung und durch Abstiegsangst signifikant verstärkt werden. Insbesondere „Ostdeprivation“ ist ein wichtiger Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen.

---

<sup>4</sup> Einige jener Sorgen wurden im März 2016 im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends deutschlandweit abgefragt (infratest dimap 2016: 12). Die Sorge „zu großer Einfluss des Islams“ teilten 50 Prozent der Deutschen, die Sorge „Veränderung der Lebensweise“ 47 Prozent, nur 27 Prozent jedoch die Sorge „steigende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt“.

Auch Befragte, die eine *persönliche Diskriminierung* als Ostdeutsche angeben, stimmten tendenziell häufiger fremdenfeindlichen Aussagen zu (vgl. Best et al. 2017: 174).

Statt sozioökonomischer Kalküle sind für Fremdenfeindlichkeit oftmals kulturelle Faktoren ausschlaggebend. Dies deutet sich auch in negativen Einstellungen gegenüber Muslim\_innen an, die unabhängig von der sozialen Lage der Befragten geteilt werden. So meinten 48 Prozent, „die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren *nicht* unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“. 28 Prozent befürworteten sogar ein Zuwanderungsverbot für Muslim\_innen (vgl. Best et al. 2017: 161; deutschlandweit: 16 Prozent, vgl. Zick et al. 2016: 44 f).

Allgemein steht ethnische und kulturelle *Diversität* in einem Spannungsverhältnis zum Zusammenhalt (vgl. Zick/Küpper 2012). So stimmten 62 Prozent der Befragten des Thüringen-Monitors 2017 der Aussage zu: „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern“. Je stärker jener Aussage zugestimmt wurde, desto größer war auch die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ( $r=0,16^*$ ).

	„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“		Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt		Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft als ...		autoritär		Gesamt
	Ablehnung	Zustimmung	keine/ (sehr) klein	groß/ sehr groß	eher gerecht	eher ungerecht	nein	ja	
Fremdenfeindlichkeit	17	46	19	44	26	42	15	50	36
Vorurteile gegenüber Muslim_innen	27	52	37	47	33	53	21	59	43
Ablehnung von Asylbewerber_innen	54	72	63	69	57	73	48	78	66
Antisemitismus	6	19	6	17	9	16	7	18	13
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	46	65	50	62	52	62	34	73	58
Negative Aussagen zu Homosexuellen/ Trans*-Personen	12	30	17	27	20	24	11	32	23

**Tabelle 2:** Einstellungen gegenüber Minderheiten<sup>5</sup> in Abhängigkeit von der Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und Autoritarismus (in Prozent, Quelle: Thüringen-Monitor 2017, vgl. Best et al. 2017: 160 ff.)

<sup>5</sup> Bei mehreren Fragen zu einem Phänomen wurde eine Mittelwertskala berechnet und der Anteilswert der überwiegenden Zustimmung ausgewiesen. Die jeweiligen Einzelaussagen werden im Thüringen-Monitor 2017 berichtet (vgl. Best et al. 2017: 161).

Charakteristisch für die Ablehnung von Diversität ist die Meinung, Minderheiten (z. B. „Ausländer“) würden die Solidargemeinschaft ausnutzen, auf Kosten der „Mehrheit“ für sich „Sonderrechte“ beanspruchen oder in der Politik zu große Aufmerksamkeit erhalten. Vor allem bei fremdenfeindlichen Ressentiments verbinden sich *Ungleichwertigkeitsvorstellungen* mit der Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten. Je fremdenfeindlicher die Befragten waren, desto größer war ihre Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ( $r=0,19^{***}$ ) und desto höher die Tendenz, die Gesellschaftsordnung als ungerecht einzuschätzen ( $r=0,15^{***}$ ).

Mit der Behauptung, Minderheiten würden bevorzugt, wird eine Form des *Sozialneids* befeuert, der nicht die Bessergestellten trifft, sondern Bedürftige und marginalisierte Gruppen in der Gesellschaft. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, von denen 58 Prozent der Befragten glaubten, sie würden sich „auf Kosten der Anderen ein schönes Leben machen“. Signifikant erhöht war die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten Aussagen über Minderheiten bei *autoritär* eingestellten Befragten (Tabelle 2; vgl. Best et al. 2017: 195). Autoritarismus (vgl. Zick/Küpper 2016: 104) richtet sich aggressiv gegen Abweichende – und damit auch gegen jene, denen unterstellt wird, dass sie eine gerechte Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen behindern oder sich „vordrängeln“ wollen. Diversität erscheint demnach als Störung der Ordnung und als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

---

**Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist durch die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und sozialer Ungleichheit sowie durch Gefühle individueller und kollektiver Benachteiligung geprägt.**

---

## Zusammenfassung

Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist durch die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsdefiziten und sozialer Ungleichheit sowie durch Gefühle individueller und kollektiver Benachteiligung geprägt. Auch viele Thüringer\_innen, die persönlich nicht unter prekären Bedingungen leben oder einen sozialen Abstieg befürchten, haben die Erwartung an die Politik, Gerechtigkeitslücken zu schließen. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung, dass „wieder mehr“ für eine homogen *erscheinende* „Mehrheit der Leute in unserem Land“ getan werden solle als für Minderheiten. Diese Prioritätensetzung trägt ethnozentrische Züge und begünstigt die Entsolidarisierung mit Schutzbedürftigen, Migrant\_innen und anderen marginalisierten Gruppen, die als ‚Sündenböcke‘ oder Konkurrent\_innen konstruiert werden. Um den auch in Thüringen beobachtbaren Polarisierungstendenzen entgegenzuwirken, ist neben guter Sozialpolitik vor allem eine breite, offene Debatte über demokratische Inklusion und Solidarität notwendig. Angesichts zunehmender Diversität in der Gesellschaft sollten Zusammenhalt und Integration konsequent zusammengedacht werden.



**Dr. Axel Salheiser** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2012 ist er Co-Autor des Thüringen-Monitors.



## Literatur

- Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2016): Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2016. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989. Online: [http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor\\_2016\\_mit\\_anhang.pdf](http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2016_mit_anhang.pdf) [10.06.2018].
- Best, Heinrich/Niehoff, Steffen/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700. Online: [http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor\\_2017\\_schlussfassung.pdf](http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2017_schlussfassung.pdf) [10.06.2018].
- Faus, Jana/Faus, Rainer/Gloger, Alexandra (2017): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf> [10.06.2018].
- infratest dimap (2016): ARD-Deutschland-Trend März 2016. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. Online: [http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user\\_upload/dt1603\\_bericht.pdf](http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1603_bericht.pdf) [10.06.2018].
- Küpper, Beate (2017): Rechtspopulistische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In: Wissen schafft Demokratie. 2017/02, S. 91–103. Online: [http://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD2/Rechtspopulistische\\_Einstellungen.pdf](http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD2/Rechtspopulistische_Einstellungen.pdf) [10.06.2018].
- Salheiser, Axel (2017): Weltoffen oder fremdenfeindlich? Die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber Asyl, Migration und Minderheiten. In: Wissen schafft Demokratie. 2017/01, S. 60–71. Online: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/05\\_Salheiser\\_Weltoffen\\_Fremdenfeindlich.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/05_Salheiser_Weltoffen_Fremdenfeindlich.pdf) [10.06.2018].
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2012): Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In: Wilhelm Heitmeyer [Hrsg.]: Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp: Frankfurt am Main, S. 152–176.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Fabian Virchow/Alexander Häusler/Martin Langebach [Hrsg.]: Handbuch Rechtsextremismus. Springer VS: Wiesbaden, S. 83–114.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela [Hrsg.] (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Dietz: Bonn.